

Keine Rechte für Arbeiter aus Gaza in Israel

Amjad AymanYaghi, electronicintifada.net, 7.4.22

Muhammad Abdelwahab hatte einen Unfall während seiner Arbeit auf einer Baustelle in Israel. Seine Verletzung war schwer - Blutungen von einer Wunde am Kopf – und er ging zu einer Arztpraxis. Dort bekam er den Rat, ins Krankenhaus zu gehen, aber Abdelwahab zog es vor zu warten, und für die Behandlung nach Gaza zurückzukehren, da er keine Krankenversicherung hat, würde die Behandlung in Israel zu teuer sein.

Trotz der Schwere von Abdelwahabs Verletzung stellte sein Arbeitgeber keine finanzielle Kompensation oder medizinische Behandlung zur Verfügung.

Der Mindestlohn in Gaza ist weniger als \$ 600 im Monat, jedoch liegt das mittlere monatliche Einkommen derzeit bei \$ 200.

Abdelwahab (39) ist Vater von vier Kindern und wohnt im Flüchtlingslager Jabaliya im Norden des Gazastreifens. Drei Jahre lang war er arbeitslos gewesen, als er im Dezember 2021 anfang, als Bauarbeiter in Israel zu arbeiten. Sein Unfall passierte im Februar dieses Jahres.

Obwohl er vom Beruf her Schmied ist, hat es Abdelwahab nichts ausgemacht, in Israel in jedem Berufsfeld zu arbeiten, nicht nur, weil Jobs in diesen Gebieten relativ gut bezahlt werden, sondern auch, weil die Blockade Gazas durch Israel – seit 2007 bestehend – die Möglichkeiten für Arbeitsg-elegenheiten im „Streifen“ stark reduziert haben.

Abdelwahab konnte eine Arbeitserlaubnis in Israel erhalten, aber er wurde nicht offiziell als „Arbeiter“ bezeichnet. Stattdessen erhielt er eine *financial needs*-Arbeitserlaubnis (= ‚aus finanziellen Nöten‘), welche den Arbeiter ausschließt vom Zugang zu Dienstleistungen, wie ‚Arbeiter-Kompensation‘ (*siehe oben*), Krankenversicherung und andere Rechte zur Arbeit, die notwendig sind für Arbeiter in Israel.

„Ich warte darauf, mich von meiner Verletzung zu erholen, um zur Arbeit zurückzukehren“, sagte er. „Je länger ich zu Hause bleibe, desto schlechter laufen die Dinge für mich. Ich habe Kinder, drei davon sind in der Schule, und ich habe große Ausgaben.“

Obwohl Abdelwahab Dinge wie Gesundheits- und Lebensversicherung als wichtig betrachtet, sagte er, dass die Arbeitsbedingungen in Gaza so schlecht seien, dass jeder Job, auch einer ohne Vergünstigungen, „wie ein Traum“ ist. So denkt er auch an die Zukunft seiner Kinder, die in Gefahr zu sein scheint, wenn er und seine Mitarbeiter keine Job-Sicherheit haben.

Arbeiter ohne Versicherung

Israel vergab kürzlich zusätzliche 8.000 (Arbeits)Genehmigungen für palästinensische Arbeiter aus dem Gazastreifen zur Arbeit in Israel als Teil eines Abkommens mit Hamas, wie es von Ägypten vermittelt wurde. Trotzdem liegt es in der Natur dieser Genehmigungen, dass diese Arbeiter keine Arbeits- und Sozialvergünstigungen erhalten und anders behandelt und oft schlechter bezahlt werden als palästinensische Arbeiter aus der besetzten Westbank. Statt Arbeitsgenehmigungen erhalten die Arbeiter aus Gaza *financial needs*-Genehmigungen, die ihnen keine Arbeiterrechte garantieren.

Arbeiter aus der Westbank haben inzwischen feste Genehmigungen. Fahmi Amin (40), der in einer israelischen Fabrik nahe Gaza arbeitet, sagte, dass der Erhalt einer solchen Genehmigung einen Palästinenser in Gaza bis zu \$ 1.000 an Registriergebühren an das Finanzministerium in Gaza kosten kann - ein riesiger Betrag für einen Arbeitslosen.

Trotzdem werden viele am Erez-Checkpoint - dem einzigen Übergang für Menschen zwischen Gaza und Israel - für kurze Zeit von den israelischen Behörden aufgehalten und ausgefragt.

Amin erwähnte, dass palästinensische Arbeiter in Israel aufgrund ihres Mangels an Rechten fürchten, dass ihnen die humanitäre Hilfe, die sie von der Palästinensischen Autorität (PA) erhalten, beschnitten werden könnte, und dass jederzeit ein Streit zwischen Israel und Gaza entstehen könnte, der sie arbeitslos und mit geringen Chancen auf weitere Arbeit zurücklassen könnte.

Er wies darauf hin, dass arbeiten in Israel fünfmal so hohe Löhne bringen kann als man in Gaza erhält. „Aber es wird zu einem Desaster kommen, wenn wir über ein Verlassen des Arbeitsplatzes in Israel nach-denken“, fuhr er fort. „Wir sind zu sehr in Sorge, dass die Hilfe, die wir von PA erhalten – die schon seit einigen Monaten ausständig ist – weggenommen werden könnte.“

Die Palästinensische Behörde – die abhängig ist von ausländischer Hilfe – vergibt Fürsorgezuschüsse für die ärmsten Familien in Gaza. „Die Arbeit in Israel ist nicht garantiert“, fügte er hinzu. „Wir wollen zurückkehren, nach einem Weg zu schauen, um die offiziellen Behörden von unserer Notwendigkeit für eine periodische finanzielle Unterstützung zu überzeugen, für den Fall, dass die Hilfe gestrichen wird. Wir wollen dieses Stadium nicht erreichen“.

Amin sagte, dass er und andere Arbeiter überall arbeiten würden, so lange sie ihre Kinder mit Nahrung und Kleidung versorgen können. „Wir hoffen, dass uns in Zukunft unsere Rechte gegeben werden, damit nichts uns hindern kann zu arbeiten“, sagte er.

Verweigerung der Grundrechte

Nach Israels Angriff auf Gaza im Mai 2021 autorisierte Israel zusätzliche 3.000 Handelszulassungen für Palästinenser in Gaza und brachte damit die gesamte Anzahl von Zulassungen auf 10.000. Jedoch enthalten diese Handels- und *financial needs*-Zulassungen keine Arbeitsberechtigungen.

Bis zum Ausbruch der Zweiten Intifada im Jahr 2000 lag die Gesamtzahl von Arbeitskräften aus Gaza innerhalb von Israel bei fast 30.000.

Heute überschreitet die Zahl der palästinensischen Arbeiter von Gaza keine 10.000 nach Angabe des Chefs der *Palestinian General Federation of Trade Unions* (= pal. General-Föderation der Gewerkschaften) in Gaza, Sami al-Amasi.

Al-Amasi betonte, dass die Israelis, indem sie sich weigern, Palästinenser aus Gaza als „Arbeiter“ zu bezeichnen, jede Verpflichtung umgehen, für Arbeit und finanzielle Rechte zu sorgen. „Viele Arbeiter, die sich vor 2000 verletzt hatten oder gefeuert wurden“, sagte al-Amasi, „suchten nach palästinensischen Rechtsanwälten mit israelischer Staatsbürgerschaft, um zu ihren Rechten zu gelangen“. Einige dieser Fälle blieben jahrelang in den Gerichten liegen, weil die israelischen Arbeitgeber versuchten, den palästinensischen Arbeitern ihre Rechte zu verweigern.

Al-Amasi erklärte, dass Israel Handelserlaubnisse durch *financial needs*-Genehmigungen ersetzt, um sich zu ersparen, den Arbeitern Krankenversicherung und Kompensation im Falle einer Verletzungs- und Trennungszulage zu gewähren. Er fügte hinzu, dass vor 2000 in Israel beschäftigte Gazaer der Titel „Arbeiter“ zugesprochen wurde. „Jedermann sollte den Status „Arbeiter“ erhalten“, fügte er hinzu, „damit jeder seine zugestandenen Rechte bekommen wird“.

Die Gewerkschaft, für die er zuständig ist, macht jetzt Druck, damit mindestens 30.000 Berechtigungen für Leute aus Gaza ausgestellt werden, um in Israel zu arbeiten. Diese Bemühungen werden durch „Vermittler“ unterstützt wie al-Amasi es nennt.

Nach Angabe des *Palestinian Central Bureau of Statistics* (=Pal. Zentralbüro für Statistik) waren während 2021 rund 230.000 Leute in Gaza arbeitslos. Unter den diplomierten Palästinensern im Gazastreifen, die 19 bis 29 Jahre alt sind, sind 66 % Frauen arbeitslos und 39 % Männer.

Maher al-Tabaa, der Direktor der Handelskammer von Gaza, sagte, dass die Handels- und *financial Needs*-Genehmigungen keine Rechte enthalten. Trotzdem würden die Arbeiter diese Genehmigungen wegen der hohen Armuts- und Arbeitslosenraten akzeptieren, sagte er.

Er setzte hinzu, dass Israel dieses später als Weg benutzen würde, um die palästinensischen Fraktionen unter Druck zu setzen, einen langfristigen Waffenstillstand mit Israel zu akzeptieren, was nicht mitgedacht worden war während der früheren Verhandlungen, die Ägypten moderiert hat.

Zurzeit haben die Arbeiter, die Genehmigungen besitzen, sehr wenig Einfluss auf die Wirtschaft von Gaza im Vergleich zu früheren Jahren, sagte Al-Tabaa. Die Anzahl der Menschen, die Arbeit suchen, überwiegt die Zahl der zur Verfügung stehenden Genehmigungen bei weitem.

Der Mindestlohn in Gaza ist weniger als \$ 600 im Monat, jedoch liegt das mittlere monatliche Einkommen derzeit bei \$ 200. „Niedrige Einkommen sind im belagerten Gaza vorherrschend“, sagte Al-Tabaa und fügte hinzu, dass sehr wenige öffentliche und private Institutionen in der Lage sind, die Mindestgehälter zu bezahlen. Und sogar dann“, fuhr er fort, „ist dieses beschränkt auf große Institutionen wie Banken und die wichtigsten Telecom-Unternehmen, während andere Arbeiter in Gaza die Hälfte oder weniger als die Hälfte eines Mindestlohns erhalten“.

Amjad Ayman Yaghi ist Journalist mit Basis Gaza.

Quelle: <https://electronicintifada.net/content/no-rights-gazas-workers-israel/35161>

Übersetzung für Pako: Gerhilde Merz – palaestinakomitee-stuttgart.de